

Bildung ist ein Menschenrecht

Resolution der vpod-Verbandskonferenz Lehrberufe vom 7. Juni 2002 in Rorschach

Bildung ist ein Menschenrecht. Das wurde erstmals völkerrechtlich in der «Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte» festgehalten. Seither ist es in einer Reihe von universalen und regionalen Menschenrechtsverträgen konkretisiert worden; einige Kernpunkte daraus:

- Volksschulunterricht (Primarschule und Sekundarstufe I) muss obligatorisch und für alle unentgeltlich zugänglich sein.
- Die verschiedenen Formen des höheren Schulwesens müssen allen zugänglich gemacht werden, insbesondere durch die allmähliche Einführung der Unentgeltlichkeit.
- Der Hochschulunterricht muss allen entsprechend ihren Fähigkeiten zugänglich gemacht werden, insbesondere durch die allmähliche Einführung der Unentgeltlichkeit.
- Bildungs- und Berufsberatung muss allen zugänglich sein, insbesondere Kindern und Frauen.
- Wer die Grundschule nicht besuchen oder abschliessen konnte, soll die Möglichkeit einer «nachholenden Bildung» erhalten.
- Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und des Bewusstseins ihrer Würde gerichtet sein; bei Kindern die Begabungen und die geistigen und körperlichen Fähigkeiten voll zur Entfaltung bringen.
- Schutz vor allen möglichen Formen der Diskriminierung beim Zugang zum und innerhalb des Bildungswesens, unter Respektierung der Rechte von Minderheiten.
- Verpflichtung zur internationalen Zusammenarbeit zur Beseitigung von Unwissenheit und Analphabetentum und zur Erleichterung des Zugangs zu wissenschaftlichen und technischen Kenntnissen als auch moderner Unterrichtsmethoden, unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der Entwicklungsländer.

Die Verbandskonferenz Lehrberufe des vpod setzt sich für die Verwirklichung des Rechts auf Bildung in der Schweiz und weltweit ein.



Die Anerkennung des Rechts auf Bildung in der Schweiz ist mangelhaft. Seine Verankerung in der Bundesverfassung scheiterte 1973 hauchdünn am Ständemehr. Auch ist die Schweiz bisher einer ganzen Reihe von entsprechenden Menschenrechtsvereinbarungen nicht beigetreten.

Die Verbandskonferenz Lehrberufe des vpod fordert deshalb den Beitritt zu bzw. die Ratifikation

- der UNESCO-Konvention gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen von 1960,
- der UNESCO-Konvention zur technischen und beruflichen Bildung von 1989,
- der ILO-Konvention 140 über den bezahlten Bildungsurlaub von 1974,
- der ILO-Konvention 169 zum Schutze indigener Völker von 1989,
- der Europäischen Sozialcharta von 1961 (bzw. der revidierten Sozialcharta von 1996),
- des 1. Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention von 1952.



Eine grundlegende Lücke besteht bei der Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen und Diplomen, die wenn überhaupt nur in sog. regionalen Abkommen geregelt ist. Damit ist die Ausübung des Rechts auf Bildung selbst für viele Menschen, die eine qualifizierte Ausbildung abschliessen konnten, massiv eingeschränkt.

Die Verbandskonferenz Lehrberufe des vpod fordert deshalb, dass

- sich die Länder von EU/EFTA nicht auf die gegenseitige Anerkennung ihrer Diplome beschränken, sondern die Diskriminierung von Diplomen aus Drittstaaten überwinden;
- im Rahmen der UNO (UNESCO, IOM, ILO) ein weltweites Anerkennungssystem von Ausbildungsabschlüssen aufgebaut wird.

Erste Ansprechpartner dafür sind auf schweizerischer Ebene der SGB und international die Bildungsinternationale (EI).

und keine Handelsware

IV Auch wenn in den Menschenrechtsvereinbarungen das Recht auf Bildung ziemlich umfassend festgeschrieben ist, heisst das noch lange nicht, dass es auch im Alltag umgesetzt und zunehmend verwirklicht wird. In den letzten Jahren und Jahrzehnten mussten verschiedenorts deutliche Rückschritte verzeichnet werden. Mit dem Programm EFA (Education for All), das auf die Weltkonferenz zur Bildung für alle in Jomtien von 1990 zurückgeht, soll bis 2015 vor allem die Benachteiligung der Mädchen im Zugang zur Bildung und eine gute Grundschulbildung für alle verwirklicht werden. In Übereinstimmung mit der Bildungsinternationalen (EI), die aktive EFA-Partnerin ist, unterstützt die Verbandskonferenz Lehrberufe des vpod «Education for All» und fordert von der Schweiz ein stärkeres Engagement.

V Seit den achtziger Jahren hat die menschenrechtliche Sicht in der Bildungspolitik zunehmend Konkurrenz durch marktwirtschaftliche Ansätze erhalten: «Schulfreiheit», Konkurrenz, Bildungsgutscheine und Privatisierung wurden und werden als Heilmittel für ungenügende oder schlecht funktionierende Schulsysteme angepriesen. In Strukturanpassungsprogrammen von IWF und Weltbank wurden Ländern solche «Kuren» zwangsverordnet. Zum strahlenden Erfolgsmodell wurden sie jedenfalls nicht, so dass viele Fragen heute auch innerhalb der Weltbank kontrovers behandelt werden.

Die Verbandskonferenz Lehrberufe des vpod bekämpft die Tendenzen zur Aufweichung des Prinzips der öffentlichen Schule bis hin zur Privatisierung und stellt sich hinter die Bestrebungen zur Verteidigung der Bildung als Menschenrecht, wie sie beispielsweise von der UNO-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Bildung gegenüber der Weltbank unternommen werden.

Sie fordert den Bundesrat auf, dass sich die Schweiz für die Respektierung der Menschenrechtsverpflichtungen in allen internationalen Gremien einsetzt - namentlich im Rahmen von IWF und Weltbank. Sie bekämpft jedes solche Engagement, das die Menschenrechtsverpflichtungen nicht respektiert. Die Schweiz soll zudem die Arbeit der UNO-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Bildung mit freiwilligen Beiträgen unterstützen.

VI Da sämtliche Dienstleistungen vom GATS (General Agreement on Trade on Services) erfasst werden, sind auch die öffentlichen Dienste betroffen. Die Gewerkschaften fordern deshalb – u.a. mit Eingaben des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften (IBFG) – seit Jahren eine generelle Ausnahmeklausel für öffentliche und soziale Dienste. Die Welthandelsorganisation WTO strebt im Rahmen des Abkommens über die Dienstleistungen GATS an, Bildung formell zur frei handelbaren Dienstleistung umzumünzen.

Im Einklang mit der ganzen Gewerkschaftsbewegung und in Unterstützung der Bestrebungen der Bildungsinternationale lehnt die Verbandskonferenz Lehrberufe des vpod dieses Ansinnen grundsätzlich ab. Der wirksamste Schutz gegen die Abwertung der Bildung zum Kommerzprodukt besteht in der Schweiz in der Bewahrung der öffentlichen Schule.

Die Verbandskonferenz Lehrberufe des vpod fordert den Bundesrat auf, dass sich die Schweiz im Rahmen der WTO für die Respektierung der Menschenrechtsverpflichtungen, und speziell im Rahmen der GATS-Verhandlungen für die Anerkennung der Bildung als Menschenrecht einsetzt.

Bildung ist und bleibt ein Menschenrecht und darf nicht zur Handelsware degradiert werden.

Die im vpod organisierten Lehrkräfte aller Stufen und aus der ganzen Schweiz treffen sich alle vier Jahre zu einer Berufskonferenz, letztmals am 7./8. Juni 2002 in Rorschach. Thema waren die Auswirkungen von Globalisierung und Personenfreizügigkeit auf das Bildungswesen in der Schweiz. Eine zentrale Frage war, welchen Einfluss das Dienstleistungsabkommen GATS auf den Service public und speziell auf das Bildungswesen hat. Zu diesem Thema hat die Verbandskonferenz Lehrberufe die vorstehende Resolution angenommen. An der gleichen Konferenz hat sie beschlossen, ihren Tätigkeitsbereich auszuweiten und sich deshalb umbenannt in Verbandskommission «Bildung · Erziehung · Wissenschaft». Berichte zur Konferenz finden sich in der vpod Verbandszeitung Nr. 11, 21. Juni 2002, und im VPOD-Magazin Nr. 128, September 2002.